

**Subsidiaritätskonferenz im Österreichischen Bundesrat  
Rede von Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Ausschusses der Regionen  
(Wien am 07. November 2017)**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrter Herr Kommissar,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Präsidenten und Parlamentarier,

mit Ihrer Einladung zum Bundesrat machen sie mich zum Wiederholungstäter. Es ist knapp ein Jahr her, dass ich vor dem Bundesrat reden durfte. Seitdem hat sich vieles verändert. Das wohl Unwichtigste ist, dass ich vom Ersten Vizepräsidenten zum Präsidenten des AdR ernannt worden bin. Wichtiger ist, was seitdem in Europa passiert ist. In meiner Rede vom 25. Oktober letzten Jahres erinnern hatte ich darauf hingewiesen, dass auf den Tag genau am 25. Oktober die Autonomie Kataloniens 37 Jahre alt wurde. Heute auf den Tag genau erleben wir in Brüssel eine Demonstration von 200 katalonischen Bürgermeistern, die ihre Meinung zur aktuellen Situation in ihrer Heimat zum Ausdruck bringen.

Man kann heute nirgendwo mehr über regionale Autonomien reden, ohne auf die Causa Katalonien angesprochen zu werden. Besteht die Zukunft der knapp 300 europäischen Regionen darin, alle in unabhängige Staaten zu mutieren? Das kann eigentlich nicht die Zukunft auf unserem europäischen Kontinent sein, auch wenn der Einsatz für die Gründung eines neuen Staates nicht a priori illegitim ist. Die UNO hat sich seit ihrer Gründung nach dem zweiten Weltkrieg von 45 auf 200 Staaten erweitert.

Ich glaube jedoch, dass in Europa zwei Dinge zum politischen Aquis Communautaire gehören. Einerseits - davon bin ich zutiefst überzeugt und als Belgier weiß ich ein wenig, wovon ich rede - muss Unzufriedenheit mit Autonomiestatuten durch Dialog und Verhandlung in den jeweiligen Staaten zu einem Kompromiss führen. Das ist fundamental und sehr wichtig. Auch wenn sie instabil bleiben, müssen diese Kompromisse allen Beteiligten erlauben, ein neues Gleichgewicht zu erreichen, mit dem sie weiterleben können. Andererseits gehört zum Aquis Communautaire meines Erachtens aber auch – zu dieser Aussage stehe ich -, dass Konflikte um solche Themen nicht mit dem Einsatz des Strafrechtes und der Polizei gelöst werden sollten. Ich kann nur aus tiefster Überzeugung hoffen, dass die Gesprächspartner in Spanien wieder an einen Tisch kommen, um über die Zukunft ihres Landes zu diskutieren und zu verhandeln. Was dort geschieht, ist natürlich zu aller erst eine rein

innerspanische Angelegenheit. Aber wir können im heutigen Europa, mit seiner fortgeschrittenen Integration, nicht hingehen und sagen: „Wir schauen weg. Das betrifft uns nicht. Die müssen alleine klar kommen.“ Ob wir es wollen, oder nicht: Was dort geschieht, betrifft uns alle und wirft auf jeden Fall ein Licht oder einen Schatten auf die ganze Diskussion über die Rolle der Regionen in Europa.

Ich bedanke mich recht herzlich, dass wir diese Zukunftsdiskussion heute hier in Wien führen und dass Sie mich dazu eingeladen haben. Es ist der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion und es ist sicherlich noch mehr der richtige Ort, weil die Republik Österreich in Kürze den Vorsitz der Europäischen Union ausüben wird.

Europa durchlebt eine entscheidende Zeit und alle Regierungsebenen sind direkt betroffen. So steht es auch in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Jubiläum der Römischen Verträge: Es muss auf der Ebene zusammengearbeitet werden, auf der wirklich etwas bewirkt werden kann. Sei's auf der Ebene der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten, der Regionen oder der Kommunen. Das ist genau das, worauf es ankommt, und das ist auch das, wofür sich der Ausschuss der Regionen ganz besonders einsetzt.

Am 10. Oktober 2017 haben wir im Ausschuss der Regionen zum ersten Mal einen Bericht zur Lage der Union aus der Sicht der Gebietskörperschaften vorgetragen. Dabei handelt es sich nicht um eine Miniaturausgabe des jährlichen Berichtes des EU-Kommissionspräsidenten, sondern um den Versuch, aus der Ebene der Gebietskörperschaften heraus einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung Europas zu leisten. Und das ist wichtig, denn die Dörfer, Gemeinden, Städte und Regionen Europas sind eine starke positive Kraft in und für Europa. Die Berufung auf die europäische, nationale, regionale oder lokale Identität bedeutet nicht, dass man die eine zu Gunsten der Anderen aufgibt. Ganz im Gegenteil: Alle Identitäten müssen zusammenfließen, sich gegenseitig befruchten und Regionen dazu befähigen, sich dank ihrer tiefen Verwurzelung zu öffnen und mit anderen in Kontakt zu treten, um sich auf diese Weise gemeinsam in Europa weiter zu entwickeln. Das ist es, worauf es ankommt, und das ist genau das, was der Ausschuss der Regionen als Haus der Städte und Regionen gerne mitgestalten möchte.

Die Menschen leben in ihren Dörfern, Gemeinden, Städten und Regionen und nirgendwo anders, auch wenn sie sehr mobil sind. Deshalb entscheidet sich letztendlich auch dort, ob sie Europa als etwas Positives und Konstruktives für ihre Lebensgestaltung oder aber als etwas erleben, das ihnen Angst macht, das

sie ablehnen und vor dem sie sich in Acht nehmen müssen. Wir brauchen ein Europa, das positive Assoziationen in den Köpfen und Herzen der Menschen auslöst, eine europäische Politik, die als effektiver Mehrwert vor Ort erlebt wird. Das ist von ganz entscheidender Bedeutung.

Dabei kommt es natürlich ganz wesentlich auf den Dialog mit den Gebietskörperschaften und den Bürgerinnen und Bürgern an. Gestern hat der ehemalige AdR-Präsident und flämische Ministerpräsident Luc Vandenbrande im Auftrag des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker einen Bericht zu eben dieser Bürgernähe Europas vorgelegt. Es ist sehr interessant, sich diesen Text etwas näher anzuschauen. Die Schlussfolgerung ist ganz einfach: Es führt kein Weg daran vorbei, die Zukunft im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas zu gestalten. Auch wer meint, die Weisheit gepachtet oder die genialsten Ideen entwickelt zu haben, sollte nie vergessen, dass die Menschen vor Ort vom Mehrwert der Europäischen Union überzeugt sein müssen.

Die lokalen und regionalen Behörden spielen eine große Rolle in Europa. Sie setzen den größten Teil des europäischen Rechtes konkret um und sie konzipieren, ko-finanzieren, verwalten und gestalten europäische Vorhaben mit der Unterstützung ihrer jeweiligen Verwaltungen. Es ist auch sehr bezeichnend, dass das Vertrauen der Bevölkerung den lokalen und regionalen Behörden gegenüber am größten ist - größer als den staatlichen und den europäischen gegenüber. Daraus erwächst eine große Verantwortung, denn nur, wenn sich die lokalen und regionalen Verantwortlichen auch selbst als Europapolitiker, als Gestalter Europas verstehen, kommt der entscheidende europäische Mehrwert zustande und bei den Menschen vor Ort an. Deshalb muss die Stimme der Städte und Regionen mehr gehört werden, als es bisher der Fall ist. Der Ausschuss der Regionen hat da eine wichtige Aufgabe zu übernehmen, genauso wie jede einzelne Region, jede einzelne Stadt auch.

Nun kann man nicht jedem der 150.000 Bürgermeister in den Mitgliedstaaten der EU die Handynummer von Herrn Juncker geben und erwarten, dass dieser jederzeit erreichbar ist. Der Dialog muss kanalisiert und gebündelt werden. Das ist die Aufgabe der Verbände auf nationaler und europäischer Ebene. Es muss vor allem versucht werden, schlüssige Konzepte zu entwickeln und konkrete Problemlösungen zu erarbeiten. Anfang 2019 wird der AdR im Vorfeld des Gipfels der Staats- und Regierungschefs vom 9. Mai in Sibiu einen weiteren Gipfel der Städte und Regionen organisieren und versuchen, eine klare Botschaft zu formulieren. Eines ist für uns klar: Wir müssen gemeinsam voranschreiten, vorzugsweise im gleichen Takt, wenn es sein muss auch mit unterschiedlichem

Tempo. Aber auf jeden Fall und stets alle in dieselbe Richtung, was sich zurzeit allzu oft als problematisch erweist.

Die Europäerinnen und Europäer sind diejenigen, die letztlich Europa gestalten. Dabei spielt lokale und regionale Autonomie eine ganz große Rolle. Deshalb müssen wir im Ausschuss der Regionen, etwa gemeinsam mit dem Kongress der Regionen und Gemeinden des Europarates, dem zur Zeit eine Österreicherin vorsitzt, und in Zusammenarbeit mit den europäischen Regionalverbänden alles Wissen, alles Können und alle Erfahrungen in Sachen Gestaltung der Dezentralisierung, Regieren im Mehr-Ebenen-System und Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sammeln, auswerten und weiterentwickeln.

Dabei kommt es auf zwei Dinge ganz besonders an: Erstens, auf die effektive Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Hierbei spielt der AdR neben den nationalen und regionalen Parlamenten eine aktive Rolle, und wir freuen uns jetzt schon darauf, gemeinsam mit dem Bundesrat am 4. Dezember hier in Wien die achte Subsidiaritätskonferenz organisieren zu können. Über dieses Prinzip werden wir auch noch am 27. November in Brüssel mit den Präsidenten der deutschsprachigen Landtage Europas diskutieren können, nachdem dies bereits ein erstes Mal am 13. Juni in Feldkirch geschehen ist. Zweitens kommt es auf den Dialog mit den Europäerinnen und Europäern an. Der muss noch viel intensiver betrieben werden, als das bisher der Fall ist. Dabei geht es um die wichtige Rolle der Gebietskörperschaften beim Fördern von Wachstum und Beschäftigung, aber auch beim Garantieren von physischer, sozialer und ökologischer Sicherheit. In diesem Zusammenhang spielt der kommende Woche in Göteborg stattfindende Gipfel zum sozialen Pfeiler der Europäischen Union eine ganz große Bedeutung.

Europa braucht natürlich auch Mittel. Wir geben aktuell knapp ein Prozent des europäischen Inlandsproduktes für den Aufbau Europas aus. Ob man damit auf Dauer klarkommen kann, daran habe ich berechnete Zweifel. Realistisch betrachtet wird es wohl bis auf weiteres noch in dieser Größenordnung weitergehen. Es ist deshalb umso notwendiger, dass diese Mittel richtig eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang geht es nicht zuletzt um die Zukunft der Kohäsionspolitik. Diese ist sehr wichtig, auch wenn sie nicht das einzige ist, was wichtig ist. Die Kohäsionspolitik ist deshalb so bedeutend, weil sie den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in Europa zu gewährleisten hat. Es wäre äußerst tragisch, wenn aus finanziellen Gründen diese Kohäsionspolitik substantiell zurückgefahren oder sogar reationalisiert würde. Das darf aus der Sicht des Ausschusses der Regionen nicht der Fall sein,

genauso wenig wie das Einführen aller möglichen und unmöglichen Konditionalitäten. Zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Kohäsionspolitik haben wir Anfang Oktober in Brüssel gemeinsam mit fünf europäischen Regionalverbänden eine Allianz ins Leben gerufen, und wir hoffen, dass auch viele von Ihnen sich ihr anschließen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war zu lang. Sie haben mir trotzdem geduldig zugehört. Dafür vielen Dank. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Monaten noch manche Gelegenheit haben werden, unsere Arbeit gemeinsam fortzusetzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.